



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/87 - 14. April 1956

## Bonn vorstoss in Moskau

B O N N, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

sp. Aussenminister von Brentano hat dieser Tage in einem Rundfunkinterview auf die zahlreichen Gespräche verwiesen, die er, beginnend diese Woche in Strassburg, mit führenden Politikern des Westens haben werde. Mit Unterbrechungen wird das eigentlich fortgesetzt bis Anfang Mai der Fall sein. Einen Tag später kündigte er eine Initiative der Bundesregierung in Moskau an, darauf abgestellt, den deutschen Standpunkt in der Frage des Zusammenhangs von Abrüstung und Wiedervereinigung zu erläutern.

Dieser Entschluss ist zu begrüssen. Viel zu lange hat man so getan, als ob Moskau für Bonn, zumindest in dieser Beziehung, nicht existiere. Brentano hat zwischen "laufenden" und "spektakulären" Initiativen unterschieden. Die ersten seien vorhanden, die zweiten (wohl deshalb) überflüssig. Aber diese sogenannten laufenden Initiativen haben sich ohne Zweifel als gänzlich unzureichend erwiesen. Deshalb wird es notwendig sein, entschieden vorzustossen, wenn man weiterkommen will.

Die blosser Erläuterung des eigenen Standpunktes wird nicht genügen, vielmehr werden ernsthafte Verhandlungen unerlässlich sein. In ihrem Verlauf müsste die Bundesregierung ein klares Programm entwickeln, das von der Notwendigkeit eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa ausgeht. Ausserdem wäre an die Regierung in Moskau die Frage zu richten, wie sie sich den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands vorstelle und selbstverständlich wird bei dieser Gelegenheit auch über die Pariser Verträge gesprochen werden müssen. Dies alles hätte in voller Loyalität gegenüber den Westmächten und im Hinblick auf die Tatsache zu geschehen, dass die Pariser Verträge die Möglichkeit ihrer Revision in sich selbst tragen. Zu solchem Verfahren stünde auch die Bestimmung in diesen Verträgen nicht im Widerspruch, die der Bundesrepublik untersagt, direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung zu führen.

Die Ausführungen des Aussenministers vom Freitag bieten insgesamt das Bild einer neuartig wirkenden Elastizität. Dazu gehört auch, dass Brentano in dem schon erwähnten Rundfunk-Interview die Frage als wichtig hervorgehoben hatte - weil sie mit den Abrüstungsverhandlungen in einem politischen Zusammenhang stehe - welchen Platz Deutschland in einem gemeinsamen und kontrollierten Abrüstungssystem einnehmen sollte. Dabei konnte nur das vereinigte Deutschland gemeint sein. Bisher jedenfalls war von dieser Seite jede Form der Statusbestimmung für ein wiedervereinigtes Deutschland durch internationale Verhandlungen abgelehnt worden.

So gewinnt man den Eindruck, dass die Bewegung, welche die internationale Politik in letzter Zeit erfasst hat, auch belobend auf die Vorstellungen des Bundesausserministers eingewirkt hat.

\* \* \*

- 2 -

Kommandowechsel in Paris

A.E. Für die Welt kommt der angekündigte Rücktritt des Oberbefehlshabers der NATO, General Gruenther, überraschend, Im Alter von 56 Jahren treten Generale in der Regel nicht in den Ruhestand. Wenn es General Gruenther dennoch tut, so müssen wohl Gründe von besonderem Gewicht eine solche Entscheidung bestimmen. Der Gedanke, dass es seine offenherzigen Äusserungen über die NATO-Strategie waren, ist naheliegend, wenngleich sie gar nicht so neu wirkten, als es, auf den ersten Blick, den Anschein hatte. Gruenther hatte von der möglichen Notwendigkeit gesprochen, einen beträchtlichen Teil Westeuropas im Falle eines russischen Angriffes zu räumen, um ihn nachher wieder im Gegenstoss zu befreien. Darob entstand beträchtliche Unruhe, im holländischen Parlament kam es zu erregten Unmutsäusserungen, in Bonn zu peinlicher Verlegenheit. Zwar hat Gruenther durch abschwächende Erklärungen den verheerenden Eindruck, den sein Interview hinterliess, zu mildern gesucht, aber der psychologische Schaden war nun einmal da und liess sich nicht mehr verwischen.

Gruenthers Rücktritt fällt in einen Zeitpunkt sich vermehrender Krisenzeichen in der NATO. Er war der unermüdliche Apostel einer durch Aufrüstung fundierten Politik der Stärke, ein Befürworter der vollen Ausnutzung des westdeutschen Rüstungspotentials und ein unermüdlicher Mann vor den aus dem Osten kommenden Gefahren. Aber die Bedingungen und das Klima, unter denen die NATO vor sieben Jahren entstand, sind nicht mehr die gleichen wie heute. Der tragende Pfeiler dieses Atlantischen Verteidigungsbündnisses, die Vereinigten Staaten, befinden sich nach einer Periode von Fehlschlägen und des vorsichtigen Abtastens zum ersten Male in einem ernsthaften Abrüstungsgepösch mit ihrem sowjetischen Gegenspieler. Beide Weltmächte stehen und handeln im Atomzeitalter unter dem Zwang, nach Wegen der Entspannung zu suchen, beide können und wollen es auch sich nicht mehr leisten, im Wahnsinn eines Rüstungswettlaufes zu beharren, der für sie und für die ganze Welt die ökonomischen, politischen und moralischen Energien verzehrt.

Im Lichte dieser durch den weltpolitischen Klimawechsel eingeleiteten Entwicklung bleibt auch das bisherige System der NATO nicht unberührt. So ist es durchaus möglich, dass Gruenther als Exponent einer bestimmten militärischen Richtung und Denkungsart nicht mehr seinen Platz in einer, sich im psychologischen, militärischen und politischen Wandel befindlichen NATO finden konnte. Neue Zielsetzungen und neue Ideen erfordern neue Männer, die ihnen dienen und sie ausführen. Das angelsächsische Denken und der unangetastete Primat des Politischen vor allen anderen Erwägungen erleichtern solche personeller Umbesetzungen.

So sieht Ulbrichts "Entspannung" aus

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie wenig ehrlich das Pankower Angebot einer Entspannung gemeint war, das auf der 3. SED-Partei-konferenz in Ostberlin vor 14 Tagen nicht nur an die westdeutschen Sozialdemokraten, sondern auch an die Bevölkerung Westberlins gemacht wurde, dann liefert ihn die Fortsetzung des Justizterrors in Ostberlin. Der Vorsitzende der Berliner SPD, Franz Neumann, konnte am Freitag an Hand von einwandfreiem Material nachweisen, dass die Beteuerung Ulbricht es komme in Berlin darauf an, die trennenden Schranken zwischen Ost und West nicht stärker werden zu lassen, nichts als eine Lüge ist.

In den 14 Tagen, die seit der 3. SED-Konferenz in Ostberlin vergangen sind, sind zahlreiche neue Fälle zu verzeichnen, in denen Terrorstrafen gegen Ostberliner Einwohner verhängt wurden, weil sie nach wie vor ihrer Arbeit in den Westsektoren der Stadt nachgehen oder ihre Kinder auf Westberliner Schulen schicken.

Ein Ostberliner Einwohner, der als Verkäufer in einer Westberliner Gross-Schlächtereier sein Brot verdient, wurde zu 800 DM Strafe oder ersatzweise 80 Tagen Haft verurteilt, weil er sein Westberliner Arbeitsverhältnis nicht bei den Ostberliner Magistratsstellen registrieren liess! Als ob ein formaler Verstoß gegen eine solche Anordnung jemals ein "Verbrechen" darstellen könne. Die ganze Hinterhältigkeit auf Seiten Pankows, die der verkündeten Tendenz ins Gesicht schlägt, ist in der Begründung dieses Urteils zu erkennen. Er habe es, so heisst es da, abgelehnt, "seine Arbeitskraft dem Aufbau der Friedenswirtschaft zur Verfügung zu stellen" und darüber hinaus durch seine "Arbeit in Westberlin die Spalterpolitik des Westberliner Magistrats unterstützt". Er habe alle Vorteile, die der "Arbeiter- und Bauernstaat" seinen Bürger gewähre, in Form von verbilligter Miete, Lebensmitteln und sonstigen Unterhaltskosten in Anspruch genommen, ohne einen Gegenwert dafür zu leisten. Ja, er habe sogar seinen Sohn an der Freien Universität in Westberlin studieren lassen.

Diese einzelnen "Anlagepunkte" sind ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass das SED-Regime nicht gewillt ist, seine Terrorherrschaft zu beenden. Die Anbiederungsversuche der SED bei den Mitgliedern der SPD müssen so als ein Akt reiner Heuchelei erscheinen. Die x Strafen, die

auch nach der Beendigung der SED-Konferenz gegen Ostberliner Bürger wegen einer Arbeit in Westberlin verhängt wurden, belaufen sich in jedem Falle auf etwa 500 DM, ohne im geringsten die Einkommensverhältnisse des Betroffenen zu berücksichtigen.

Auch in der sogenannten Schulfrage wurde seit der Parteikonferenz der SED trotz ihrer demonstrativen Entspannungstendenzen die Terrorjustiz beibehalten. Wer von den Ostberlinern seine Kinder nach Westberlin in die Schule schickt, wurde in vielen Fällen zu einer Geldstrafe von mindestens 150.-- DM verurteilt. Wenn bisher diese Strafen durchweg auf dem Verwaltungswege verhängt wurden, so sind jetzt auch schon Gerichtsurteile festzustellen.

\* \* \*

Diesmal nicht die Gewerkschaften.....

E.F. Bekanntlich hat die Bundesregierung den Milchpreis um 3 Dpfg. pro Liter heraufgesetzt und dafür den Zuckerpreis um 16 Dpfg. pro kg gesenkt. Sie sieht in dieser doppelten Massnahme einen gerechten Ausgleich. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass dieser konstruierte Zusammenhang ziemlich schleierhaft bleibt, denn eine Familie mit mehreren Kleinkindern verbraucht schliesslich viel Milch und kann sie nicht durch Zucker ersetzen.

In dieser Frage war in der letzten Woche auch ein Radiointerview aufschlussreich, das der "Echo"-Reporter unverbindlich mit sechs Hausfrauen in einem Lebensmittelladen führte. Fünf von ihnen beklagten sich auf's bitterste über die Verteuerung der Milch und nur eine glaubte, weil sie einen Schrebergarten hat, in dem viel Rhabarber und Johannisbeeren zur Marmeladenherstellung wachsen, von der Zuckerverbilligung profitieren zu können.

Wohlgemerkt, die Sozialdemokratie hat nichts gegen die schon lange fällige, gerechte Milchpreiserhöhung. Sie will aber nach Möglichkeit eine Erhöhung des Verbraucherpreises vermeiden und hat deshalb im vergangenen Jahr eine Subventionierung der Milchauszahlung für den Erzeuger vorgeschlagen. Die Bundesregierung schloss sich zuerst dem sozialdemokratischen Antrag an, gab aber darnach dem Druck der Bauernverbandspräsidenten nach und versprach, den Preis heraufzusetzen.

Die sozialdemokratischen Agrarpolitiker sahen ferner in einer Zunahme des Milchverbrauchs einen grösseren Vorteil für die Bauern als

in der beabsichtigten Verteuerung, die den Verbrauch auf jeden Fall drosselt. Eine Verbrauchssteigerung hätte in der Bundesrepublik noch grosse Reserven, da wir mit noch nicht 1/2 Liter Tagesverbrauch pro Kopf in der Milchtrinkerstatistik ganz unten hängen.

Das wäre alles gut und schön, wenn es für den Verbraucher bei den 3 Dpfg mehr für den Liter geblieben wäre. Die Verschiebung nach oben hat aber alle Preisdämme hinweggerissen. Aus Bayern, Hamburg, dem Main-Gebiet und anderen Teilen Westdeutschlands werden Preisanstiege zwischen 6 und 15 Dpfg. gemeldet. Davon betroffen wird nicht nur die Konsummilch, sondern auch das Volksernährungsmittel Joghurt, die A-Milch und sonstige Milchprodukte. Die inzwischen erstarkten und auch von Prof. Erhard unterstützten Hausfrauen- und Verbraucherverbände laufen Sturm. Der bayerische Landwirtschaftsminister erhielt ein Protesttelegramm.

Und nun kommt das Interessanteste. Diesmal sind es nicht die Gewerkschaften, die einen Milchstreik inszenieren, der ihnen übel vermerkt wird. Nein, der Arbeitnehmerverband der CSU in Bayern protestierte als erste Organisation gegen diese willkürlichen Preiserhöhungen. Aber der Bauernverband hat mit leisen Worten schon auf eine neue notwendige Preisaufstockung für Milch hingewiesen. Manche lernen es eben nie, was für den Bauern wirklich Vorteile bringt.

\* \* \*

#### Junge Stimme

Zur Wehrpropaganda der Bundesregierung schreibt der weit über Deutschlands Grenzen hinaus angesehene Jugendpfarrer Dr. Stammeler in der in Stuttgart erscheinenden Wochenzeitung der evangelischen Jugend "Junge Stimme":

"...Was wir aber bisher zu sehen vermochten, lässt uns nicht nur erstaunen, sondern erschrecken, weil es dem entspricht, was wir unter unseriöser Werbung verstehen. Uns liegt ein Kontingent von Büchern vor, die offensichtlich in einem großzügigen Verfahren hauptsächlich in Jugendwohnheime hineingepumpt wurden. Es handelt sich um ausgesprochene Kriegsbücher vom letzten Weltkrieg. Alle haben eine einmütige Tendenz: Es war so schön Soldat zu sein. Und viele sind deshalb so verwerflich, weil sie völlig darauf verzichten, das Vertreuerische jenes politischen Systems und und ebenso die Schrecken und die Grausamkeit des Kampfgeschehens in unbestechlicher Härte darzustellen..." Nach Zitaten aus dem U-Boot-Roman von Wolfgang Frank "Die Wölfe und der Admiral" (Stalling-Verlag, Oldenburg) schreibt Stammeler abschliessend: "...Es ist uns unbegreiflich, wie es die Regierung rechtfertigen kann, dass sie ihre bisherige Politik durch eine solche Verherrlichung Lügen strafen lässt."

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raurau